

EGON KRENZ

Gestaltung und Veränderung
Erinnerungen

edition ost

Inhalt

Wo ist denn Ihre Klingel, Herr Krenz?	9
An der Spitze der FDJ	19
Ein Gespräch mit Kossygin	47
Von Sosa bis zur Druschba-Trasse	54
Druck von allen Seiten	59
Ein Pfarrer, ein Sänger und ein Manifest	65
Sommerzeit, Autobahn und nationaler Hochmut	83
Von der Krim nach Gera	88
Keine Gangway in Warschau	99
Sein oder Nichtsein	110
Auf Umwegen zum Gipfel	114
Damals dachte ich so	131
Erst Strauß, dann Lindenberg – was macht die DDR so flexibel?	134
Erich Honecker wird Siebzig	148
Eine Ad-hoc-Entscheidung	150
Als Kronprinz auf der Teststrecke	157
Ein Blick in Honeckers Panzerschrank	167
Eine verlorene Hoffnung	177
Zu Tisch	181
Olympiade und Erdöl	187
Am Konferenztisch im Kreml	195
Der Marschall, der schon Stalin diente	200
Ein lebensgefährliches Spiel	203
Spaziergang mit Gromyko	211
Atomraketen in der DDR	215
Ungewohntes Taktieren	220
Neue Freundschaften	223
Vermittler in Bündnisfragen	227
Funkspruch aus dem Kreml	231
Als Kohl Honecker noch vertraute	236
Störenfriede	242
Kaffeetafel bei Honeckers	244

Strauß und Brandt in der DDR	250
Das siegreiche China ...	255
Gegen »Brief zur deutschen Einheit«	260
DDR-Bild in den USA	263
Politisches Spiel um einen »deutschen Nobelpreis«	268
Kartoffeln für Leningrad	270
Gorbatschows Strategie	274
Ein Brief vom Roten Baron	278
Eingabe einer Frauenkommission	283
Arger über die Regierung	287
Krankheit und Politik	290
Makler zwischen Staat und Kirche	298
Zwischen den Stühlen	301
Besuch im Krankenhaus	304
Zwischen Honecker und Gorbatschow	307
Kontinuität kontra Erneuerung	311
Ein Telefonat mit Folgen	319
Der letzte Parteitag	323
Mal schmusen, mal stänkern	332
Manöver der Schlapphüte	339
Endlich Urlaub	344
Gorbatschow, Kohl und Helga Hahnemann	349
Zehn Milliarden Mark und doch kein neues Auto	353
Entweder – oder	358
Prüfungen im Fach Perestroika	364
Ostgipfel und Westprovokation	374
Todesstrafe, Gefängnis, Amnestie	382
Ohne Reiseerlaubnis	390
Die unvollendete Souveränität	404
Akute Boykottgefahr	416
Der Druck nimmt zu	425

Druck von allen Seiten

Am 3. Oktober 1976 standen Wahlen zum Deutschen Bundestag an. In der DDR-Führung sorgten wir uns um die Fortsetzung der sozialliberalen Koalition. Sowohl aus praktischen wie aus ideologischen Gründen zogen wir die Sozialdemokraten den Konservativen vor. Mit der SPD hatten wir den Grundlagenvertrag vereinbart und die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Helsinki vorbereitet. Bundeskanzler Helmut Schmidt war für uns berechenbar. Wir trauten ihm zu, dass er Brandts Entspannungspolitik fortführen würde. Seit der Begegnung Honeckers mit Schmidt 1975 in Helsinki empfand unser Generalsekretär sogar persönliche Sympathie für ihn. Auch aus der Tradition der Arbeiterbewegung fühlten wir uns den Sozialdemokraten näher als den Konservativen. Trotz anderslautender Behauptungen hatte die SED ihre sozialdemokratischen Wurzeln nicht vergessen.

Aus Berichten unserer Aufklärung wussten wir, dass sich in Bonn Sozial- und Freidemokraten gegenseitig misstrauten. Genscher war ein Unsicherheitsfaktor. In der Koalition gab es heftige Spannungen. Sie bewegte sich auf dünnem Eis. Wir wollten in der praktischen Politik nichts tun, was der SPD bei Wahlen schaden würde.

Das war leichter gedacht als getan. Denn auch wir standen unter Druck.

Im Sommer war Honecker auf der Krim zur traditionellen Visite bei Breschnew. Ich weiß nicht mehr, wie viele dieser Zusammenkünfte es gab. Sie waren in den siebziger Jahren jedenfalls üblich. Sommer für Sommer. Honecker erhielt dort stets »Hinweise«. Diesmal verlangte der KPdSU-Generalsekretär, dass der Besucherverkehr zwischen beiden deutschen Staaten drastisch eingeschränkt werden sollte. Die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten, so Breschnew, seien beunruhigt über die »Reiseströme zwischen der BRD und der DDR«. Der Westen wolle die DDR in der Umarmung erdrücken. Die DDR unterschätze diese Gefahr.

Honecker erwiderte: »Leonid Iljitsch, du kritisierst uns wegen des hohen Besucherverkehrs. Man darf jedoch nicht vergessen, dass er im Interesse des gesamten Vertragswerkes mit der BRD ist. Es darf auch nicht übersehen werden, dass das Reiseproblem zu einer Existenzfrage der Koalitionsregierung in der BRD geworden ist. Jede Einschränkung des Besucherverkehrs würde die Regierung Schmidt in Gefahr bringen. Das würde sich gegen die gemeinsam

vereinbarte Linie mit der Sowjetunion richten. Alle Maßnahmen gegen den Besucherverkehr werden immer auf Kosten der SPD/FDP-Koalition gehen.«

Leonid Breschnew konterte schroff: »Mich interessiert die DDR, nicht Schmidt. Erich, du willst einfach nicht sehen, dass die BRD durch die gegenseitigen Besuche vielfältige Einflussmöglichkeiten in der DDR erhielt. Das ist zu eurem und zu unserem Schaden.«

Der KPdSU-Generalsekretär spielte einen vermeintlichen Trumpf aus. Die westdeutschen Geheimdienste wüssten über die Vorgänge im SED-Politbüro Bescheid. »Erich, bei euren Wirtschaftsleuten im Politbüro gibt es einen Agenten, der für Bonn arbeitet.«

Dieser Vorwurf verletzte Honecker. Er wollte Genaueres wissen. Bekam jedoch keine Antwort. Honecker war sich nicht im Klaren, ob Breschnew Tatsachen oder nur Vermutungen geäußert hatte. Oder war es ein Versuch, ihn auf diese Weise in der Westpolitik zu disziplinieren? Honecker war verunsichert. Auf jeden Fall säte die Vorhaltung Misstrauen.

Möglich, dass dies auch ein Motiv dafür war, weshalb von nun an der Minister für Staatssicherheit stärker in die Auswahl von Parteifunktionären einbezogen wurde. Denkbar, dass auch die Rückkehr Mittags aus dem Ministerrat ins Politbüro und der Wechsel des ZK-Sekretärs Werner Krolkowski (1928-2016) auf den Posten des 1. Stellvertreter des Ministerpräsidenten im November 1976 damit zusammenhingen. Ich weiß es nicht.

Nach der Wende vermuteten bestimmte Medien, Mittag sei der Agent des Westens gewesen. Ich habe keine Beweise dafür. Honecker hat mich in den achtziger Jahren gelegentlich gefragt, ob ich glaube, dass Breschnew Belege für seine Behauptung vom Spion im Politbüro habe. Ich verneinte jedes Mal. Nein, das glaubte ich nicht. Ich konnte (und wollte) mir auch nicht vorstellen, dass einer aus der Führung für den Westen arbeitete.

Heute bin ich mir da nicht mehr so sicher.

Am 28. Juli 1976 erhielt Honecker Post von Helmut Schmidt. Der Bundeskanzler hatte darin in 25 Punkten seine Vorstellungen über das Verhältnis zur DDR formuliert. Es war aus unserer Sicht ein Programm, um die »besonderen innerdeutschen Beziehungen« zu unterstreichen. Als Realpolitiker wusste Schmidt natürlich, dass die DDR darauf nicht eingehen konnte. Wohl deshalb ließ er Honecker auch intern mitteilen, warum er den »innerdeutschen Forderungskatalog« formuliert habe: Er wolle im Wahlkampf nicht als »lahme Ente« erscheinen. Das eine war, was man dachte – das andere, was man dem Wahlvolk sagte.

Günter Gaus (1929-2004) hatte den Auftrag des Bundeskanzlers, Erich Honecker in einem Gespräch mündliche Erläuterungen zu diesem Brief

zu geben. Doch Honecker konnte den Ständigen Vertreter zunächst nicht empfangen. Das KPdSU-Politbüro hielt Schmidts Brief für so grundsätzlich, dass es dazu erst selbst Stellung zu nehmen wünschte, bevor der Gaus von Honecker empfangen wurde. In Moskau war man der Meinung, dass Berlin den Westdeutschen nicht ausreichend bewusst machte, dass die DDR kein Inland der BRD sei. Außerdem würde Außenminister Genscher (FDP) so auftreten, als sei er der alleinige Vertreter deutscher Politik.

Bevor Honecker Schmidt antwortete, gab er seinem Partner in Bonn über die Medien zu verstehen, dass sich die Bundesrepublik im Wahlkampf nicht verleiten lassen solle, die Beziehungen zur DDR zu belasten. Als Anlass für diese »Warnung« nahmen wir die Weigerung der Bundesrepublik, einen geflüchteten Doppelmörder auszuliefern. Im Dezember des Vorjahres war der NVA-Soldat Werner Weinhold desertiert und hatte die Grenzsoldaten Klaus-Peter Seidel und Jürgen Lange an der Staatsgrenze bei Hildburghausen erschossen. Die DDR hatte sich in einem ähnlichen Fall gegenüber der Bundesrepublik kooperativ verhalten. Ein Oberfeldwebel der Bundeswehr hatte sich nach einem Gewaltverbrechen durch Flucht in die DDR der Strafverfolgung entziehen wollen. Die DDR kam dem Auslieferungsbegehren der Bundesrepublik nach.

Weinhold jedoch wurde nicht ausgeliefert und stattdessen vom Landgericht Essen wegen Totschlags angeklagt, im Dezember 1976 aber freigesprochen, für die Untersuchungshaft erhielt er Entschädigung. Das interpretierten wir als Signal der bundesdeutschen Justiz an die DDR: Das Erschießen von DDR-Grenzsoldaten ist kein Mord, sondern Notwehr. Die Grenze muss nicht respektiert werden, Mord an Grenzsoldaten bleibt straffrei.

Wir nahmen den Prozess und schließlich das Urteil als Schüsse gegen die Entspannung und reagierten, wie das in den Zeiten des Kalten Krieges üblich war, nach dem biblischen Sühnegesetz: Aug' um Auge, Zahn um Zahn.

Die Propaganda schaukelte sich auf beiden Seiten hoch. Honecker rief schließlich Schmidt an. Er wies ihn auf die negativen Folgen des skandalösen Urteils von Essen für die deutsch-deutsche Entspannung hin. Die Staatsanwaltschaft (!) ging in Revision, der Bundesgerichtshof hob das Urteil auf und verwies zur Neuverhandlung ans Landgericht Hagen. Im Dezember 1978 wurde Weinhold zu fünfeinhalb Jahren verurteilt. Das war gewiss eine vergleichsweise milde Strafe, aber immerhin: es war eine. Wenngleich der Schaden, den das Bonner Verhalten den gegenseitigen Beziehungen der beiden Staaten zugefügt hatte, so leicht nicht zu reparieren war.

Erich Honecker hatte im Vorfeld des Prozesses im Sommer 1976 öffentlich erklärt: »Schmidt hat die Grenzverletzungen nachträglich sank-

tioniert.« Der westdeutsche Regierungschef fühlte sich dadurch brüskiert, reagierte jedoch politisch klug und ließ Erich Honecker mitteilen, dass er »Grenzverletzungen stärker als bisher entgegenwirken werde«. Er sehe in der Veranstaltung von Kraftakten an der Grenze zur DDR jedenfalls kein Mittel, um die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu normalisieren.

Dies war das Zeichen, auf das wir gewartet hatten.

Honecker empfing auf Bitten des Bundeskanzlers nunmehr Staatssekretär Gaus.

Ob Zufall oder nicht, das wissen die Götter: Wenige Stunden vor dieser Begegnung überbrachte UdSSR-Botschafter Abrassimow die Antwort der sowjetischen Führung auf den Kanzlerbrief vom 28. Juli: Ablehnung der bundesdeutschen Konzeption auf der ganzen Linie!

Die BRD wolle »nationalistischen Druck« auf die DDR ausüben, hieß es darin. Die 25 Forderungen des Bundeskanzlers seien eine Provokation. Die Absicht Bonns bestehe darin, »die ungesetzliche Praxis einer systematischen Einmischung der BRD in die inneren Angelegenheiten der DDR zu legalisieren und neue Kanäle für ein feindseliges Eindringen in die Republik, für die Unterminierung ihrer Sicherheit und das ideologische Aufweichen zu öffnen«.

Schmidts Brief stehe, so Moskau, im Zusammenhang mit dem Vorschlag Genschers, dass ein internationaler Gerichtshof die Angelegenheiten erörtern solle, die ausschließlich in die Kompetenz der DDR fielen. Die Versuche, die Grenze zwischen der DDR und der BRD infrage zu stellen, seien ein Anschlag auf die Grenzen der sozialistischen Gemeinschaft.

Die Forderungen des Bundeskanzlers seien keine Grundlage für die Zusammenarbeit. Kontakte zur DDR könnte es nur auf den Gebieten geben, die nicht die innere Sicherheit der DDR beträfen.

Zudem meinte Moskau in einem zweiten Dokument feststellen zu müssen, dass sich Bundeskanzler Helmut Schmidt »zum Vasallen der USA« gemacht habe. Dies bezog sich auf die Tatsache, dass nach einem erheblichen Stimmengewinn der KP Italien bei den Parlamentswahlen eine Regierungsbeteiligung der Kommunisten in Rom drohte, worauf die USA, Frankreich, Großbritannien und eben auch die Bundesrepublik Deutschland erklärt hatten, Italien im Falle einer Regierungsbeteiligung der Kommunisten keine weitere wirtschaftliche Unterstützung zu gewähren und Sanktionen androhten.

Nun hatten wir – so dachten wir jedenfalls – das Gegenstück zur Tschechoslowakei 1968. Vergleiche hinken. Niemand drohte Italien mit dem

Einmarsch verbündeter Truppen, doch auch dort sicherte ein Militärbündnis – die NATO – Macht und Einfluss in einem seiner Mitgliedsländer. Gleichwohl: Wie seinerzeit der Warschauer Vertrag so zeigte acht Jahre später der Nordatlantiktakt seine Grenzen auf, will heißen: die Führungsmacht USA sicherte ihre Hemisphäre.

Die internationalen Spannungen schlugen voll auf das Klima der deutsch-deutschen Beziehungen durch. Im Sommer 1976 schien der Geist von Helsinki auf beiden Seiten verflohen. In der Bundesrepublik wurde so getan, als sei die Schlussakte lediglich dazu da, in den sozialistischen Ländern die politischen Menschenrechte einzufordern, während den ökonomischen und sozialen Rechten im eigenen Land wenig Aufmerksamkeit galt. Zudem wurden die Sicherheitsfragen in Korb I so behandelt, als hätten sie auf der KSZE überhaupt keine Rolle gespielt.

Die Auswirkungen auf die innenpolitische Situation der DDR ließen nicht lange auf sich warten. Die sowjetischen Verbündeten kritisierten uns, weil wir angeblich ungenügenden Widerstand gegen die einseitige Auslegung der Schlussakte von Helsinki durch die BRD-Regierung leisteten. Moskau bestand darauf, dass die DDR den Besucherverkehr mit der BRD einschränkte und die Möglichkeiten für die Berichterstattung westlicher Medien aus der DDR begrenzte.

Wir befanden uns in einer politischen Zwickmühle. Nach außen zeigten wir Selbstbewusstsein. Tatsächlich waren wir durch eine Kette von ungünstigen nationalen und internationalen Ereignissen stark verunsichert.

Das begann mit der Dürre im Sommer 1976. Wir brauchten dringend Getreide. Die Versorgung der Bevölkerung mit Brotgetreide war gefährdet. Auch die Viehbestände hatten reduziert werden müssen. Die soziale Lage der Bauern und die Fleischversorgung der Stadtbevölkerung waren in Gefahr. Woher aber Getreide bekommen? Der Westen verkaufte nur gegen Devisen. In jenem Jahr wurde Getreide für uns zur »strategischen Waffe«. Zudem waren unsere Devisen wie immer knapp. Und die Sowjetunion? Sie hatte selbst größte Schwierigkeiten. Was blieb uns in dieser Situation?

Wir zeigten politisches Wohlverhalten zum Osten wie zum Westen in der Hoffnung, dass uns eine Seite Getreide verkaufte. Unser politischer Opportunismus, im ökonomischen Interesse zwischen Ost und West zu schwanken, stieß innerhalb der Partei und auch der Bevölkerung auf Kritik. Die DDR-Bürger zogen das klare Wort einer undurchsichtigen Taktik vor. Wir sahen aber keinen anderen Weg.

Wieder einmal sprang die Sowjetunion ein, obwohl ihre eigene Lage schlecht war. Sie lieferte der DDR zu günstigen Bedingungen eine Million

Tonnen Getreide. Natürlich war damit die Erwartung verbunden, den Forderungen nach Abgrenzung der DDR zur Bundesrepublik konsequenter gerecht zu werden.

Und dann passierte auch noch anderes.

Auf Umwegen zum Gipfel

Nachdem Honecker jahrelang von Moskau gestoppt worden war, sich mit Helmut Schmidt zu treffen, änderte er im Oktober 1979 sein taktisches Vorgehen. Moskau hatte immer argumentiert, solange sich die Bundesrepublik weigert, die DDR Staatsbürgerschaft anzuerkennen bzw. zu respektieren, darf die DDR keine Zugeständnisse machen.

Honecker strebte nun danach, einem deutsch-deutschen Spitzentreffen das Anrühige einer »innerdeutschen« Begegnung zu nehmen. »Was meinst du«, fragte er mich am 6. Oktober 1979 nach dem Fackelzug der FDJ zum DDR-Jubiläum, »wenn wir zur Unterstützung der Abrüstungsvorschläge von Leonid Iljitsch eine Unterschriftensammlung durchführen?«

»Das ist eine gute Idee. Über das eindeutige Ergebnis wird man sich im Westen wundern«, antwortete ich.

»Und in Moskau wird man sich freuen. Man wird zur Kenntnis nehmen müssen, wie einmütig sich unsere Bevölkerung für die sowjetische Friedenspolitik ausspricht und die Bonner Raketenpläne ablehnt«, meinte Honecker. Er bat mich, eine kurze Willenserklärung des Volkes der DDR gegen die Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Europa zu entwerfen.

Am anderen Tag bekam er meinen Entwurf. Offensichtlich hatte er solche Erklärungen auch von anderen Mitgliedern des Politbüros erbeten. Keine gefiel ihm. Er legte darum dem Politbüro einen eigenen Entwurf vor. Dieser enthielt die volle Unterstützung der DDR für die Forderungen des sowjetischen Staatsoberhauptes zur Rüstungsbegrenzung, Abrüstung und Entspannung. – Innerhalb weniger Wochen unterschrieben über dreizehn Millionen Bürger der DDR die Willenserklärung gegen neue Raketen in Europa.

Damit im Rücken trat Honecker gegenüber Moskau selbstbewusst dafür ein, Schmidt und seine Regierung in diese Politik einzubinden.

»Einbinden« wurde das Zauberwort. Wir meinten, die DDR besäße die Kraft, der Bundesrepublik klarzumachen, dass bei Stationierung neuer amerikanischer Raketen in Europa die Entspannungspolitik von Willy Brandt gefährdet sei. Wer stationiere, schließe Zusammenarbeit aus. Der sei es auch nicht wert, die Früchte der bisherigen Entspannungspolitik zu genießen. Er setze alles auf Spiel, was seit 1973 erreicht worden sei.

Honecker ließ Arbeitspapiere für eine Zusammenkunft mit Bundeskanzler Schmidt ausarbeiten, die diesen Akzent enthielten. Ende Oktober 1979 beschäftigte sich das Politbüro damit. Um einen möglichen Widerstand gegen ein deutsch-deutsches Gipfeltreffen in den eigenen Reihen zu verhindern, sagte er zur Begründung der Arbeitspapiere: »Ich will sie direkt an Leonid Iljitsch schicken. Soll er sich selbst überzeugen, dass wir kein gesamtdeutsches Geschwätz wollen.«

Die Arbeitspapiere stellten zum ersten Mal den Wert eines Gipfeltreffens heraus. »Alles ist möglich«, sagte Honecker, »wenn sie uns behandeln wie jeden anderen Staat auf der Welt und vor unserer Haustür keine neuen Atomraketen stationieren.« Honecker wollte ein schnelles Treffen. Er bevorzugte Ende November 1979, noch vor dem SPD-Parteitag, der sich vom 3. bis 7. Dezember 1979 mit den Raketenstationierung in der BRD beschäftigen wollte. Dieser Termin hätte wahrscheinlich wegen der Einflussmöglichkeiten Honeckers auf die SPD-Politik das Einverständnis aus Moskau befördert. Schmidt hatte aber wissen lassen, dass er einen Termin in Leipzig im Zusammenhang mit der Frühjahrsmesse 1980 bevorzuge. Wir vermuteten wegen des gewünschten Bades in der Menge. Das hätte aber neues Misstrauen unserer sowjetischen Freunde hervorgerufen.

Wir wollten das Treffen an einem Ort, an dem keine »gesamtdeutschen Emotionen« geschürt werden konnten. Wir planten es im Gästehaus der Regierung in Dierhagen an der Ostsee. Doch Schmidt hatte einen privaten Wunsch: Er wollte das Grab seines verstorbenen Sohnes Helmut Walter besuchen, der mit knapp sieben Monaten 1945 verstorben war. Er hatte ihn wegen seines Militärdienstes nie gesehen. Das Grab befand sich in Schönau bei Berlin. Schmidt übermittelte uns seinen Wunsch, während des Treffens das Grab zu besuchen. Dem Rechnung tragend, schlugen wir einen Ort in der Schorfheide vor. Bis ins Detail wurde das alles nach Moskau geschickt. Honecker war guter Dinge, dass es diesmal mit dem Gipfel funktionieren könnte.

Schmidt ließ sich jedoch so schnell nicht festlegen. Die Berlin-Initiative von Breschnew passte ihm nicht. Man könne an so grundsätzliche Dinge wie die Raketenstationierung »nicht gefühlsmäßig herangehen«, meinte der Kanzler. In einer mündlichen Botschaft teilte er Honecker mit: »Nach dem bisherigen Stand ist ein Beschluss der NATO über die Produktion und Stationierung der Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missiles nicht mehr zu verhindern.«

Wir fassten das als Ablehnung der Breschnew Vorschläge auf. Das schnelle Gipfeltreffen war wieder in weite Ferne gerückt. Die Deutsch-

landpolitiker in Moskau triumphierten über den Irrtum Honeckers. Er habe, wie Moskau das angeblich voraussah, von Schmidt »eine Ohrfeige bekommen«. Die Arbeitspapiere unseres Politbüros lagen bei Breschnew. Sie wurden vorerst nicht beantwortet. Es drohte eine neue Zeit der deutsch-deutschen Sprachlosigkeit.

Nun griff Herbert Wehner ein. Er hatte seit dem Treffen mit seinem Jugendgenossen Erich 1973 in seinem Notizbuch die Telefonnummer 48288020. Diese kannten nur die Mitglieder des Politbüros und die Stellvertreter Honeckers im Staatsrat. Es war der private Telefonanschluss des Staatsoberhauptes der DDR. Der SPD-Politiker nutzte diese Nummer nur dann, wenn es besonders schwierig wurde. So war es einige Tage vor dem Westberliner SPD-Parteitag im Dezember 1979.

An einem Abend, als Honecker schon sein Büro verlassen hatte, klingelte in seiner Wandlitzer Wohnung dieser Apparat. Wehner informierte Honecker über die diffizile Lage von Schmidt. Es könne passieren, so Wehner, dass der Kanzler den Parteitag politisch nicht überstehe. »Wenn der Parteitag einen Beschluss gegen die Raketen fasst, dann ist die Glaubwürdigkeit von Schmidt im Bündnis aufgebraucht. Dann muss er zurücktreten.« Das, so der Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, könne nicht im Interesse der DDR sein. Er werde Schmidt bitten, noch vor dem Parteitag mit Honecker zu telefonieren. Er wolle nur, dass Honecker vorbereitet sei und Verständnis für die fast ausweglose Situation von Schmidt habe, der zwar Kanzler sei, aber nicht SPD-Vorsitzender.

Honecker versprach, darüber nachzudenken.

Schmidt meldete sich am 28. November 1979 bei Honecker. Er schilderte seine Sorgen mit der SPD. Zwar sei der Beschluss zur Stationierung nicht mehr zu verhindern, sagte er zu Honecker, aber er wolle sich bemühen, dass noch ein zweiter Beschluss gefasst werde. Danach soll die Zeit bis 1983 genutzt werden, um mit der Sowjetunion erneut über Produktion und Stationierung von Mittelstreckenraketen zu verhandeln. Wenn die Gespräche erfolgreich seien, so Schmidt, könne auf die Stationierung verzichtet werden.

Honecker beschwor den Kanzler, sein politisches Schicksal nicht mit den amerikanischen Raketen und deren Stationierung in Westeuropa zu verbinden.

Am 29. November 1979 rief Honecker zu einer Sondersitzung des Politbüros, um über das Telefonat mit Schmidt zu informieren.

Er war euphorisch. Es sei ein Erfolg, dass Schmidt Verhandlungen über die Raketenfrage in Aussicht gestellt habe. Darüber müsse Breschnew

umgehend informiert werden. Der für internationale Fragen zuständige Hermann Axen wurde beauftragt, nach Moskau zu fahren und dabei auch an die eingereichten Arbeitspapiere über den beabsichtigten Schmidt-Besuch in der DDR zu erinnern.

Es dauerte fast zwei Monate, bis Axen einen Termin bekam.

Am 23. Januar 1980 empfing ihn auch nicht Breschnew, sondern lediglich Suslow. Ich hätte nicht in der Haut von Axen stecken mögen. In der Regel foppte Honecker ihn, wenn er von Verhandlungen mit ausländischen Partnern nicht mit dem gewünschten Ergebnis nach Hause kam. Er meinte dann meist: »Hermann, du hast das nicht richtig erklärt.«

Um die Schwierigkeit seiner Moskauer Mission wissend, legte Axen dem Politbüro vorab seinen schriftlichen Fahrplan vor. Ich habe mir ihn in meinem Arbeitsbuch notiert, so dass ich die wesentlichen Auszüge hier wiedergeben kann:

Axen: »Unter dem Gesichtspunkt, den Einfluss der DDR auf die BRD zu verstärken, hält es das Politbüro der SED für zweckmäßig, das vereinbarte Arbeitstreffen zwischen Erich Honecker und dem Kanzler der BRD, Helmut Schmidt, durchzuführen, um dabei Druck auf die Regierung der BRD auszuüben. Das Politbüro kommt deshalb zu dieser Auffassung, weil Mitteilungen aus bestimmten Kanälen besagen, dass die USA-Regierung nicht mit den Reiseplänen von Helmut Schmidt in die DDR und nach Moskau einverstanden ist. Außerdem gibt es im Parteivorstand der SPD Meinungsverschiedenheiten, weil einige Mitglieder nicht bereit sind, die Entspannungspolitik zu opfern.

In diesem Zusammenhang betrachtet, scheint uns das Treffen mit Schmidt nützlich. Andere Fragen, etwa die sogenannten innerdeutschen, sollten bei diesem Arbeitstreffen nicht zur Diskussion stehen. [...]

Das Politbüro des ZK der SED bittet das ZK der KPdSU um eine möglichst baldige Entscheidung in dieser Frage. Da Helmut Schmidt die Absicht hat, ein solches Treffen im Zusammenhang mit der Leipziger Messe zu veranstalten – woran die DDR überhaupt nicht interessiert ist –, beabsichtigen wir, das Treffen Ende Februar in einem Gästehaus der Regierung der DDR durchzuführen.«

Axen machte seinem Gesprächspartner deutlich, dass das Treffen möglichst bald stattfinden müsse. Nur so könne verhindert werden, dass US-Präsident Carter neue Tatsachen schaffte, die die internationale Lage verschärften und die BRD-Regierung dafür einspannte. Honecker könne auch auf Schmidt einwirken, dass die BRD an den Olympischen Spielen in Moskau teilnehme, hieß es weiter.

Unsere sowjetischen Freunde ließen sich von dieser Argumentation nicht beeindrucken. Zwar sagte Suslow die Weiterleitung des Anliegens an Genossen Breschnew zu, doch er ließ keinen Zweifel daran, dass es aus Moskauer Sicht in der Sache bei einem klaren »Nein« bleiben würde. In der gegenwärtigen Situation würde ein Treffen mit Schmidt der Bundesrepublik einseitige Vorteile bringen. Wörtlich: »Die Politiker der BRD spielen mit den Amerikanern zusammen. In dieser Situation könnte ein Treffen mit Schmidt so aufgefasst werden: Eine Sache ist, dass die BRD mit den Amerikanern zusammenspielt. Und etwas ganz anderes ist es, dass die DDR und die BRD ihre ›innerdeutschen Beziehungen‹ entwickeln.«

Axen bemühte sich sehr, diese Bedenken zu zerstreuen. »Schmidt trifft sich mit Gierek, Kádár, Shiwkow und Husák. Um die DDR aber darf er einen Bogen machen. Das ist für uns diskriminierend. So wird die DDR isoliert«, widersprach Axen dem Breschnew-Stellvertreter.

Suslow erwiderte, worum es der Sowjetunion ging: »Die BRD sieht zusammen mit den USA ihre Aufgabe darin, die Sowjetunion international zu isolieren. In dieser Situation wäre das Treffen mit Schmidt ein Signal der DDR, dass die Sowjetunion isoliert werden *kann*.«

Ich hätte mich mit dieser Antwort abgefunden. Sie war deutlich und appellierte an die DDR, sich nicht von der Sowjetunion zu entfernen. Anders Axen. Er blieb standhaft. Er wollte nicht mit der Meinung Suslows nach Hause fahren. Er wollte die Antwort des ersten Mannes der Sowjetunion mit nach Berlin nehmen. Er wartete einen ganzen Tag.

Dann teilte Ponomarjow mit, dass sich das Politbüro der KPdSU mit der Anfrage Honeckers und dem Arbeitspapier zum Schmidt-Besuch beschäftigt habe. Außenminister Gromyko habe darauf hingewiesen, dass Schmidt auch die Volksrepublik Polen und die ČSSR besuchen wolle. Beide Länder hätten dies in Solidarität mit der Sowjetunion abgelehnt. Nach Prüfung aller Fakten habe das Politbüro des ZK der KPdSU beschlossen, »dass ein Treffen zwischen Erich Honecker und Helmut Schmidt jetzt und in absehbarer Zeit nicht zweckmäßig ist.«

Honeckers Enttäuschung war groß. Da half auch nicht, dass die sowjetische Führung sich noch nicht entschieden hatte, ob Schmidt nach Moskau eingeladen werde oder nicht.

Erst nachdem sich Breschnew und Honecker Anfang Mai 1980 am Rande der Trauerfeierlichkeiten für den jugoslawischen Staatspräsidenten Tito trafen, kündigte der sowjetische Parteiführer an, dass der Bundeskanzler wahrscheinlich Ende Juni Moskau besuchen könne. »Schmidt«, so Breschnew, »bemüht sich noch immer um eine Reiseerlaubnis aus den USA.«

Honecker, der seinerseits weiter auf die Zustimmung der Sowjets zu einer Begegnung mit Schmidt wartete, hoffte auf grünes Licht, wenn der Kanzler bei seinem Besuch in Moskau die Sowjetführung beeindruckend würde. Vorerst aber gab der KPdSU-Generalsekretär seinem Genossen aus der DDR auf den Weg: »Nein, Erich, die Gespenster des Kalten Krieges sind nicht aus den Schluchten Afghanistans und nicht von den Hochebenen Irans aufgetaucht, sie sind in den Korridoren des Weißen Hauses unterwegs.«

Einige Wochen später lud mich Honecker zu einem Gespräch ein. Dabei erfuhr ich, warum er trotz des eisigen Gegenwindes aus Moskau so erbittert um ein Treffen mit Schmidt kämpfte. Zweifelsohne war es zunächst das Bemühen, Schmidt zu überzeugen, dass die deutschen Staaten keine amerikanischen Atomraketen brauchen. Doch da war noch etwas anderes im Spiel. Klaus Gysi (1912-1999), in den siebziger Jahren Botschafter in Italien, hatte in jener Zeit in Rom interne Kontakte zu amerikanischen Politikern aufgebaut, die dem US-Präsidenten nahestanden. Sie hatten signalisiert, dass Carter bereit sei, das DDR-Staatsoberhaupt in die USA einzuladen. Voraussetzung sei, dass es vorher zu einem deutsch-deutschen Gipfel komme.

Das wäre der i-Punkt für die internationale Anerkennung der DDR gewesen: der DDR-Staatsratsvorsitzende zu Gast im Weißen Haus.

Ob Moskau von diesen Plänen wusste, kann ich nur vermuten. Angesichts der Verflechtung unserer Sicherheitsorgane und der Internationalen Abteilungen der Zentralkomitees von KPdSU und SED gehe ich davon aus, dass nichts von uns in Moskau geheim blieb. Honecker in den USA und Boykott der Olympischen Spiele von Moskau durch die USA – das passte nicht zusammen. Da würden beide Parteiapparate nicht mitmachen. Das verstand, so dachte ich jedenfalls, jedes Kind. Ich nahm an, dass von nun an auch der Schmidt-Besuch in der DDR für lange Zeit vom Tisch sei und es sich nicht lohne, wegen dieses Besuches einen Dauerstreit mit den Freunden zu führen.

Honecker ließ jedoch nicht locker.

Während er im August wieder auf dem Weg zur Krim war, um sich mit Breschnew zu treffen, beschloss das Politbüro in seiner Abwesenheit am 12. August 1980, dass das Treffen mit Schmidt am 28. oder 29. August 1980 am Werbellinsee stattfinden solle. Zur Überraschung von uns allen lag der Politbüro-Vorlage ein *Non-Paper* für die Übergabe an den Bundeskanzler bei. In neun Punkten wurden darin großzügige Angebote gemacht: für Reisen in dringenden Familienangelegenheiten, für die

Erweiterung des Jugendtourismus, für Einreiseverbesserungen in grenznahe Kreise, für die Erleichterung von Einreisegenehmigungen in die DDR, für die Erhöhung der Freigrenzen für die Mitnahme von Geschenken bei Einreisen in die DDR und bei Ausreisen aus der DDR sowie für die Verlängerung der Zulassung von Grenzübergangsstellen für den Transitverkehr zwischen der BRD und Westberlin.

Am 12. August 1980 meldete das *Neue Deutschland* unter dem Aufmacher »Freundschaftliche Begegnung zwischen Leonid Breschnew und Erich Honecker« auf der ersten Seite, dass » der Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in der BRD, Botschafter Moldt, dem Staatsminister beim Bundeskanzler, Huonker, die Einladung des Generalsekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Erich Honecker, an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, zu einem Arbeitsbesuch in der Deutschen Demokratischen Republik« übergeben habe. »Der Arbeitsbesuch findet am 28. und 29. August 1980 in der DDR am Werbellinsee statt. Dem Bundeskanzler und seiner Begleitung steht das Jagdschloss Hubertusstock zur Verfügung.« Zwei Tage später wurde mitgeteilt, dass die Einladung angenommen worden sei.

Was war geschehen?

Ende Juni 1980 hatten Schmidt und Genscher die UdSSR besucht. Honecker erhielt danach aus Moskau die Mitteilung, dass nunmehr auch an ein Treffen mit Schmidt in der DDR gedacht werden könne, wenn er dies mit Breschnew vereinbarte. Wörtlich: »Wir müssen an die bevorstehenden Wahlen zum Deutschen Bundestag im Herbst denken. Es liegt nicht in unserem Interesse, dass die jetzige Bonner Koalition von der Macht verdrängt wird.«

Das war auch unsere Überzeugung. Wahlhilfe für die SPD leisteten wir nicht zum ersten Mal. Honecker folgte dem Rat des Moskauer Apparats gern und ließ alles für Schmidts Empfang vorbereiten. Er brauchte nur noch das »Da« Breschnews.

Das bekam er aber nicht. Beim Besuch auf der Krim fiel er ein weiteres Mal auf die Nase. Breschnew sagte ihm, noch sei aus sowjetischer Sicht die Zeit für ein Treffen mit dem Bundeskanzler nicht reif.

Honecker war die ganze Sache inzwischen peinlich. Der Besuch war faktisch perfekt eingefädelt, das Aufenthaltsprogramm schon gedruckt. Selbst die exakte Ankunftszeit des Kanzlersonderzuges an der Grenzübergangsstelle Herrenburg stand fest. Die Unterbringung des Bundeskanzlers sollte im Jagdschloss Hubertusstock erfolgen. Die FDJ hatte ihre Jugend-

hochschule am Bogensee geräumt, damit dort ein Pressezentrum für die große Zahl der zu erwartenden Journalisten eingerichtet werden konnte. Angesichts der festen Vereinbarungen genierte Honecker sich, Schmidt nach Breschnews Absage auszuladen.

In dieser Situation erfuhren wir über die Medien, dass Helmut Schmidt einen Abstecher nach Rostock machen wolle. Dort aber hatte die FDJ ein Freundschaftstreffen mit Kuba. Es wurden Zehntausende junge Leute erwartet. Ich bekam von Honecker den Auftrag, in den Medien mitzuteilen, dass für einen Besuch des Bundeskanzlers im Norden der Republik wegen des Jugendtreffens kein Platz sei. Das blieb so gut wie ungehört. Der Besuchstermin kam näher. Und immer noch keine Lösung.

Die Rettung kam unerwartet aus Bonn. Der Bundeskanzler griff zum Telefon und teilte Honecker mit, dass er wegen der Ereignisse in Polen nicht in die DDR kommen könne. Honecker war erleichtert. Mielke lästerte, Honeckers Leute im Bundeskanzleramt hätten Schmidt gedrängt, bei der Absage des Besuchs Honecker zuvorzukommen. Wie es auch sei. Die beiden deutschen Chefs durften miteinander nicht reden, weil es ihren jeweiligen Großmächten nicht gefiel. Sie waren beide zufrieden, dass die Absage des Termins ihnen keinen persönlichen Ärger brachte. Die deutsch-deutschen Gespräche gingen intensiv weiter. Das Neue Deutschland meldete am 23. August: »Bundeskanzler Helmut Schmidt hat das für kommende Woche in der DDR geplante Arbeitstreffen mit dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, abgesagt. Regierungssprecher Staatssekretär Klaus Bölling teilte am Freitag in einer nach vierstündiger Beratung beim Kanzler in Hamburg verlesenen Erklärung mit, die jüngsten Ereignisse in Europa ließen ein Treffen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht geeignet erscheinen.«

Gaus und Schalck, ab 1981 auch Bölling und Schalck, sorgten dafür, dass angesichts der Eiszeit zwischen den Großmächten die Wirtschaftsinteresse der beiden deutschen Staaten nicht unter die Räder kamen. Die Bosse vom Rhein kamen immer öfter an die Spree und gingen in den Wäldern um Berlin gelegentlich mit Honecker auf die Jagd. Das schuf wohl ein Vertrauen besonderer Art. Generalsekretär und Kanzler telefonierte derweil miteinander immer dann, wenn die Unterhändler in den Gesprächen nicht weiterkamen oder aber neue Impulse brauchten. Im Politbüro hatten wir den Eindruck, dass die beiden sich mochten. Honecker veranlasste einige Geste der DDR, die im Zusammenhang mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Westberlin am 10. Mai 1981 dazu beitragen sollten, die

Wahl des SPD-Politikers Vogel zum Regierenden Bürgermeister zu erleichtern. Dazu gehörten auch Maßnahmen, die jegliche Zwischenfälle an der Grenze zu Westberlin ausschließen sollten. Wenn es um die Unterstützung der Wahl von SPD-Politikern ging, waren wir großzügiger als wir sein durften. Alles, was Westberlin betraf, mussten die sowjetischen Freunde entscheiden. Als sie von den Gesten Honeckers gegenüber Vogel erfuhren, erhielt unser Chef nicht nur einen gehörigen Rüffel. Er wurde auch gedemütigt. Die DDR hatte sich in Bezug auf die Öffnung eines Grenzübergangs für den Transitverkehr von Westberlin in die BRD großzügig gezeigt. Prompt ließ die sowjetische Botschaft in der DDR erklären, dies liege außerhalb der Kompetenz der DDR. Wenn der Grenzübergang Staaten offenbleiben soll, müsse der von Stolpe-Dorf geschlossen werden.

Den Freunden ging es weniger um den konkreten Fakt. Mehr darum, der DDR die Grenzen ihrer Macht für Berlin zu zeigen.

In dieser in den deutschen Angelegenheiten eher lautlosen Zeit wechselte Bonn den Leiter seiner Ständigen Vertretung in der DDR, oder wie wir sagten, seinen Botschafter, aus. Warum? Das haben wir so richtig nie erfahren. Günter Gaus (1929-2004) war der erste offizielle Vertreter der Bundesrepublik in der DDR überhaupt. Er legte aber immer Wert auf die Formulierung: *bei* der DDR. Günter Gaus war ein Intellektueller. Nicht alle im Politbüro mochten ihn. Gespräche mit ihm waren geistig fordernd und anspruchsvoll. Manchmal konnte man ihn auch mit seiner Tochter unter den Gästen des Festivals des Politischen Liedes erleben.

Es hatte für mich schon etwas Besonderes an sich, wenn im alten Berliner Friedrichstadtpalast die Tochter neben ihrem berühmten Vater gleich ihren Altersgefährten aus der DDR beim Singen der Internationale die rechte Hand zur Faust geballt erhob. Ich hatte nicht den Eindruck, dass dies dem Vater peinlich war. Das machte ihn mir sympathisch, obwohl er politisch der Vertreter eines von mir nicht geliebten Staates war.

Als mich Günter Gaus einmal im Zentralrat der FDJ besuchte, hatten wir einen sehr inhaltsreichen Gedankenaustausch, ob es wohl im Sozialismus einen Generationenkonflikt geben könne. Ich verneinte, gestand höchstens ein gewisses Generationsproblem ein, keinen Generationengegensatz. Ich meinte, im Sozialismus seien die Grundinteressen von jung und alt identisch.

Er widersprach. Die Tatsachen gaben ihm ja wohl auch recht.

Sein eitler Nachfolger Klaus Bölling (1928-2014) erreichte weder das Format noch das Ansehen seines Vorgängers Günter Gaus. Honecker machte sich gelegentlich lustig über ihn. Kurz bevor Bölling akkreditiert

wurde, fragte mich Honecker: »Hast du im FDJ-Archiv Material über den Schönling?«

Ich verstand nicht. »Über wen?« fragte ich zurück.

»Na, über Bölling. Er erzählt überall, er habe nach 1945 für mich gearbeitet. Ich kann mich daran nicht erinnern«, erzählte Honecker.

Ich ließ im Archiv der FDJ forschen. Wir fanden nichts. Honecker erhielt später aus dem Parteiarchiv der SED etwas, was auf eine Arbeit von Bölling in einer Zeitschrift der FDJ schließen ließ, nicht aber darauf, dass er in Honeckers unmittelbarer Nähe gearbeitet hätte.

»Macht nichts«, kommentierte der Generalsekretär, »soll Bölling im Glauben bleiben, mir Reden geschrieben zu haben. Der schreibt, wenn es drauf ankommt für jeden Reden. Du kannst gelegentlich durchblicken lassen, dass ich mich so richtig an ihn nicht erinnern kann.«

Nun war dieser Mann aber Diplomat der Bundesrepublik in der DDR. Als Honecker ihn im März 1981, kurz nach dem Parteitag der sowjetischen Bruderpartei und nur wenige Wochen vor unserem X. Parteitag, zu sich bat, um ihm eine mündliche Botschaft an den Bundeskanzler zu übermitteln, wäre es fast zu einem Eklat gekommen. Der Ständige Vertreter verstand nicht die Absicht Honeckers, den Bundeskanzler vorab mit wichtigen strategischen Fragen vertraut zu machen, die die SED auf ihrem bevorstehenden Parteitag behandeln würde. Voller Erregung berichtete Honecker in der darauffolgenden Sitzung des Politbüro, dass »der Bölling nicht einmal zuhören kann. Statt die mündliche Botschaft zur Kenntnis zu nehmen und sie an seinen Chef weiterzuleiten, kommentierte er sie als wäre er selbst der Bundeskanzler. Was bildet der sich ein? Ich habe ihm gesagt«, so Honecker, »dass es dem Kanzler obliege, sich ein Urteil zu bilden, nicht ihm.« Honecker zog aus seinen Worten Konsequenzen. Von nun an nutzte er öfter als früher nur seine direkten Kanäle zum Bundeskanzler. An Bölling vorbei. Es passt zu meinem Bild von dieser Persönlichkeit, dass er aus Selbstgefälligkeit die Veränderung Honeckers ihm gegenüber nicht einmal mitbekam.

Honeckers Treffen mit dem Bundeskanzler wurde 1980/81 viele Monate in der Schwebe gehalten. Willi Brandt besuchte im Juni 1981 Moskau. Breschnew verwies den SPD Vorsitzenden darauf, dass der Bundeskanzler zu Honecker erst reisen kann, sobald er selbst seinen Staatsbesuch in der Bundesrepublik absolviert habe.

Eine schwierige Planung für uns. Den genauen Termin der Breschnew-Reise wollte Moskau noch nicht nennen. Honecker versuchte ihn während seines Krimtreffens dem sowjetischen Staatschef zu entlocken. Der rea-

gierte jedoch lapidar: »Mein Besuch in der BRD ist, wie du weißt Erich, für Ende des Jahres geplant. Wir werden uns mit dem Termin nicht beeilen. Es wäre aber unvernünftig, die BRD den Amerikanern auszuliefern. Man muß mit der gegenwärtigen Regierungskoalition weiterarbeiten. Wenn wir gegenüber den westdeutschen Politikern größere Härte an den Tag legen, fangen sie an, besser zu verstehen, dass man unsere Interessen nicht ungestraft schmälern darf.« Honecker hatte inzwischen gelernt. Er wartete nun diszipliniert ab, bis der KPdSU-Generalsekretär uns seine Reisepläne mitgeteilt hatte.

Im Herbst 1981 beendete Helmut Schmidt die deutsch-deutsche Denkpause. Am 30. Oktober zwischen 10 und 11 Uhr rief er Honecker an. Er wollte von ihm etwas Persönliches über den sowjetischen Partei- und Staatschef erfahren. Schließlich stand inzwischen fest, dass Breschnew am 23. und 24. November nach Bonn kommen würde.

Honecker antwortete, der Mann aus dem Kreml habe »Vertrauen in die Redlichkeit« des Kanzlers. Er verschwieg ihm natürlich, dass die eigentliche Sympathie des KPdSU-Generalsekretärs nicht dem Kanzler, sondern Willy Brandt galt. »Brandt hat gegen Hitler gekämpft. Schmidt hat als deutscher Offizier Leningrad belagert. Brandt ist unser Genosse, Schmidt dagegen ein Bruder Carters«, hatte Breschnew vor einiger Zeit bei einem Jagdausflug zu Honecker gesagt.

Honecker mochte diese Vergleiche nicht. Er glaubte, dass seien immer noch die alten Anspielungen auf die Guillaume-Affäre, die Brandt angeblich gestürzt habe. Wohl auch deshalb bemühte sich Honecker, Helmut Schmidt das Gefühl zu geben, Breschnew vertraue ihm.

Der eigentliche Grund des Anrufs war aber ein anderer: Nun, da klar war, wann der sowjetische Gast an den Rhein kommt, wollte Schmidt endlich wissen, wann er Honecker besuchen dürfe. Er messe dem Treffen große Bedeutung bei und lege Wert auf die Feststellung »ohne Vorbedingungen«. Er schlug Honecker vor, »dass wir uns um Weihnachten herum treffen«. In der Öffentlichkeit könne man ja durchblicken lassen, dass »das Treffen wahrscheinlich im Februar oder März 1982 sein wird«. Auf diese Weise bekommen wir »die Hetzhunde vom Halse«, wie Schmidt die Journalisten seines Landes nannte.

Für Honecker war der von Schmidt favorisierte Termin nicht annehmbar. Er hatte für den 19. Dezember eine Einladung zum 75. Geburtstag Breschnews, um den »Obersten Kommandierenden der Streitkräfte des Warschauer Vertrages« zum wiederholten Mal mit dem Ehrentitel »Held der DDR« auszuzeichnen.

Endlich war es so weit: Nach vielen Hindernissen und Umwegen, nach zwei Treffen im Ausland – 1975 bei der KSZE-Konferenz in Helsinki und 1980 zur Beerdigung von Präsident Tito in Belgrad – trafen sich die mächtigsten Männer der beiden deutschen Staaten vom 11. bis 13. Dezember 1981 nun auf deutschem Boden, in der DDR. Honecker hatte sich lange darauf vorbereitet.

Wie sehr er auch persönlich an guten Ergebnissen interessiert war, spürte ich bei einer zufälligen Begegnung am frühen Morgen des 13. Dezember. Ich war wie immer um diese Zeit bei meinem morgendlichen Fünf-Kilometer-Rundlauf innerhalb der Waldsiedlung Wandlitz. Honecker wollte wohl noch etwas frische Luft schnappen, bevor er mit seinem Dienstwagen zum Jagdschlosse Hubertusstock fuhr, wo der Bundeskanzler genächtigt hatte. Als er mich joggen sah, rief er mir zu, ich solle mal Pause machen. »Hast du schon gehört, dass Jaruzelski den Kriegszustand in Polen ausgerufen hat?«

Ich hatte, und antwortete unbefangen: »Ein Glück. So wird Schlimmeres verhindert.«

»Ja, ja«, sagt er, »die Frage ist nur, ob der Schmidt das auch so sieht?« Honecker fürchtete, der Bundeskanzler könne die neue Situation in Polen zum Anlass nehmen, um abzureisen.

Andererseits: Er hatte inzwischen Vertrauen zu Juruszelski und war erleichtert, dass die Polen ihre Sache selbst in die Hand nahmen. Er freute sich, dass es nun keine Lösung geben würde wie 1968 in der ČSSR. Honecker war überzeugt, dass der polnische General mit seinem mutigen Schritt einem möglichen sowjetischen Eingreifen zuvorgekommen war. Doch das sollte nicht sein Treffen mit Schmidt stören.

Fünf Jahre später, im April 1986, sollte Gorbatschow Honecker untersagen, den Gegenbesuch in Bonn zu machen. In seinem Ärger darüber vertraute Honecker mir an, er sei überzeugt, dass der zeitliche Zusammenfall der Ausrufung des Kriegsrechtes in Polen 1981 mit dem deutsch-deutschen Gipfel ein Störmanöver aus Moskau gewesen sei.

Wie auch immer, im Dezember 1981 jedenfalls reiste Schmidt wegen Polen nicht ab. Honecker hat ihm das nie vergessen. Helmut Schmidt war für ihn fortan ein Ehrenmann. Dies bezog er auch auf Henri Nannen, den Herausgeber des *Stern*. Der veröffentlichte einen Leitartikel unter der Überschrift »Ein Lump, wer da noch heuchelt«. Heuchelei sei es, meinte er, darauf zu setzen, dass es den Polen gelingen könnte, sich aus dem Warschauer Vertrag heraus zu streiken. Und wörtlich: »Wo doch die Siegermächte in Jalta nicht nur mit der Unterschrift Stalins, sondern auch mit

den Unterschriften des amerikanischen Präsidenten Roosevelt und des britischen Premierministers Churchill die Welt in eine östliche und eine westliche Einflusszone aufgeteilt hatten. Und Polen liegt nun einmal in jenem Teil der Welt, den die Westalliierten den Sowjets konzedierten.«

Gedanken über solche globalen Zusammenhänge haben sicher auch den Bundeskanzler getrieben, als er sich entschied, zu bleiben und nicht abzureisen.

Nur zwei Tage vergingen, bis wir im Politbüro Ablauf und Inhalt des Gipfels in Form eines Protokolls erhielten. Keiner im Politbüro sollte sagen können, er sei nicht rechtzeitig informiert worden. »Ob da alles drinsteht?« fragte mich mein rechter Sitzungsnachbar spitzzünftig. Es war Werner Felfe, bis 1981 noch Erster Sekretär der SED-Bezirkssekretär von Halle, inzwischen Sekretär des Zentralkomitees. Wie ich, aus der FDJ kommend und dem Generalsekretär fest verbunden. Zwischen uns gab es Offenheit. Ich verstand zunächst seine Frage nicht. Das Protokoll sei zu glatt, ergänzte er. Ich sah das anders. Schmidt ging es wie Honecker: Jeder von ihnen musste vor seiner eigenen Führungsmacht bestehen. Das zeigte schon die erste Begegnung. Als Honecker auf die Agenturmeldungen über die Landung des Flugzeuges des Bundeskanzlers auf dem Berliner Flughafen Schönefeld hinweist, reagiert Schmidt unverzüglich mit der Bemerkung, dass die NATO seinen Besuch in der DDR begrüße. Dieses Thema ist ihm so wichtig, dass er es immer wieder anspricht. So als er zu seinem Gastgeber sagt: »Wir wissen doch beide voneinander, dass wir manches anders machen würden, wenn wir allein wären auf der Welt. Wir sind in viele Zusammenhänge eingebunden, die wir nicht ändern können.« Nur einmal versuchte Honecker seinem Gesprächspartner anzudeuten, dass er gegenüber Moskau auch in schwierigen Situationen die nationalen Interessen der DDR vertritt. Auf seine Vorbehalte zur Militäraktion der UdSSR in Afghanistan eingehend, sagte er. »Wir haben damals, um die Wende von 1979 zu 1980, kühles Blut bewahrt. Das hat gute Auswirkungen auf den Frieden gehabt.« Die DDR und die Bundesrepublik hatten wahrlich wenig Gemeinsamkeiten. Eine aber war, dass sich beide nach außen wichtiger machten, als sie tatsächlich waren. Intern aber wussten sie, dass sie international nur dann eine Rolle spielen, wenn sie bedingungslos dem Kurs ihrer jeweiligen Führungsmacht folgen.

Als Honecker nach seinem Treffen mit dem Bundeskanzler ins Politbüro kam, beobachte ich ihn schärfer als sonst. Er war er gut gelaunt. Regelrecht aufgeräumt. Er hatte allen Grund dazu. Schmidt und er konnten damals gut miteinander. Sie hatten die Schwierigkeiten des Gipfels

gemeistert. Selbst in komplizierten Statusfragen hatte der Bundeskanzler für die Zukunft Bewegung angedeutet. In einem der Vieraugengespräche meinte er, dass es nach einem Gegenbesuch Honeckers in Hamburg zur Normalität werden sollte, dass »weitere Treffen in Berlin und Bonn stattfinden.«

Der Bundeskanzler war sich der Brisanz der Frage Berlin bewusst. Deshalb bat er Honecker auch, »diese Bemerkung nicht ins Protokoll aufzunehmen«. Beide hatten versucht, Vertrauen zueinander zu schaffen. Schmidt hatte von gleich zu gleich verhandelt. Er wollte vom Treffen den von Westmedien verbreiteten Eindruck nehmen, dass sein Besuch ein Gnadenerweis für die DDR sei.

Honecker stellte bei seinem Bericht im Politbüro in den Mittelpunkt, dass er Schmidt aufgefordert habe, sein politisches Schicksal nicht mit der Stationierung neuer amerikanischer Raketen zu verbinden. Niemand im Politbüro zweifelte daran. Es gab aber Nuancen.

Verteidigungsminister Heinz Hoffman warf ein: »Beim Lesen des Protokolls hatte ich stellenweise den Eindruck, Schmidt hat die fehlerhaften Berichte seiner Geheimdienste vorgetragen. In arroganter Weise hat er über Trägerraketen und Sprengköpfe gesprochen, als wäre er Hauptinspektor in den Raketenarsenalen der Sowjetunion gewesen. Seine Zahlenspiele stimmen nicht. Sie sollen nur dazu beitragen die Wahrheit vom weltweiten militärischen Gleichgewicht zu verdecken.«

Diesen Standpunkt teilten fast alle von uns. Einige riefen dazwischen: »Sehr richtig!«

Honecker ging kommentarlos darüber hinweg. Er wollte sich den positiven Gesamteindruck des Treffens von niemandem zerreden lassen. Als er hervorhob, dass Schmidt korrekt von »Bürgerinnen und Bürger der DDR« gesprochen habe, meldete sich Ministerpräsident Stoph zu Wort.

»Erich«, sagt er, »wir müssen klar sehen, dass Schmidt sich in keiner für uns wichtigen Frage bewegt hat. Er will Raketen stationieren. Er ist nicht bereit, die Staatsbürgerschaft der DDR zu respektieren. Er verteidigt die Erfassungsstelle Salzgitter. Er hat keine Anstalten gemacht, den Grenzverlauf auf der Elbe entsprechend dem internationalen Recht zu regeln.«

Und Willi Stoph erinnerte daran, dass Willy Brandt im Zusammenhang mit dem Abschluss des Grundlagenvertrages 1972 uns vertraulich mitgeteilt hatte, dass es noch nicht möglich gewesen sei, Botschafter zwischen beiden deutschen Staaten auszutauschen, dies aber versprochen habe. Es sollte in drei bis vier Jahren geschehen. »Nun sind schon fast zehn Jahre vergangen. Nichts ist geschehen«, sagte Stoph nüchtern.

»Und es wird auch nicht geschehen, selbst wenn wir weiter Zugeständnisse an Schmidt machen.«

Honecker fühlte sich offensichtlich angegriffen. Dennoch meinte er konziliant: »Einer darf den anderen nicht überfordern. Außerdem habe ich dem Schmidt gesagt, dass unrealistische Anliegen seinerseits nicht angebracht sind.« Er bezog sich auf die Anfrage von Schmidt, ob es möglich sei, eine »Stichstraße von der Nordautobahn nach Lüchow-Dannenberg über die Elbe zu bauen«.

Verteidigungsminister Hoffmann nannte allein die Frage eine Provokation. Jeder wisse, dass es sich hier um ein sensibles militärisches Sperrgebiet handle. Die sowjetischen Freunde haben es abgelehnt, hier bauen zu lassen. Das wisse man bei der NATO schon lange. »Man will uns nur in Widerspruch zur Sowjetunion bringen«, sagte Heinz Hoffmann.

Insgesamt lobte das Politbüro Honeckers Gespräche mit dem Bundeskanzler als wichtigen Beitrag zur Entspannung. Deutlich wurde aber auch, dass einige Regierungsmitglieder, die dem Politbüro angehörten – Stoph, Neumann, Hoffmann, Mielke und Krolkowski –, fürchteten, wir würden in unserer Politik gegenüber Bonn zu weich werden.

Ich widerspreche dennoch der Behauptung von Bölling, dass es in dieser Zeit im Politbüro »Falken« und »Tauben« gegeben habe. Es meldeten sich keine Fraktionen zu Wort, die sich gegen den Generalsekretär gestellt hätten. Alle waren ihm gegenüber loyal. Es ging vielmehr um eine differenzierte Antwort auf die diffizile Frage, wieviel Freiheit sich die DDR bei der Gestaltung ihrer Beziehungen zu Bonn nehmen konnte? Was vertrug die Sowjetunion, ohne misstrauisch zu werden?

Während Honecker dies von Zeit zu Zeit testete, fürchteten andere, es könne der DDR schaden, ihre Beziehungen zur BRD ohne Zustimmung aus Moskau zu gestalten.

Am 13. Dezember besuchten Honecker und Schmidt Güstrow im Norden der DDR. Der Bundeskanzler verehrte Ernst Barlach (1870-1938) und wünschte dessen Atelierhaus auf dem Güstrower Heidberg zu besuchen. In den Vorgesprächen hatten die im Bundeskanzleramt für Sicherheit Zuständigen auf die besondere Gefährdung ihres Chefs hingewiesen. Seit den Terroranschlägen 1977 in der BRD auf Arbeitgeberpräsident Schleyer und der konsequenten Anti-Terror-Haltung von Schmidt im Zusammenhang mit der entführten Lufthansa-Maschine und deren Erstürmung in Mogadischu galt der Bonner Regierungschef international als besonders

gefährdete Person. In diesem Zusammenhang geriet auch die DDR ins Visier. Wir hatten nach Kräften zum Erfolg des Unternehmens in Mogadischu beigetragen. Honecker hatte dazu extra unseren Verteidigungsminister nach Aden in die Demokratische Volksrepublik Jemen geschickt, wo das Flugzeug der Lufthansa zwischengelandet war. Wir nutzten unsere exzellenten Beziehungen zu Jemen und zu Somalia, um die höchsten Repräsentanten dieser Länder zu bitten, alles zu tun, damit die Passagiere in der Lufthansa-Maschine nicht zu Schaden kämen. Das wussten die führenden Leute in der Bundesrepublik. Wohl deshalb hatte Schmidt in einer Rede vor dem Bundestag auch der DDR ausdrücklich für die Zusammenarbeit bei dieser Aktion gedankt.

Als nun bekannt wurde, dass Schmidt die DDR besuchen werde, gab es Androhung von Terroranschlägen en masse. Daraufhin hat die Sicherungsgruppe Bonn bei unseren Sicherheitsorganen die höchste Sicherheitsstufe für den Kanzler gefordert. Es stellte sich heraus, dass diese in der Bundesrepublik wesentlich schärfer war als in der DDR. So kam es, dass Bürger in Güstrow nicht an offenen Fenstern stehen durften und selbst die Gullys versiegelt wurden – so etwas kannten wir bis daher nicht. Die Stadt glich einer Festung. Dies wurde von den westlichen Medien genüsslich genutzt, um der DDR zu unterstellen, sie fürchte ihre Bevölkerung und die Wiederholung von Erfurt.

Nicht nur Erich Mielke hatte den Brandt-Besuch 1970 in Erfurt schlechter Erinnerung, als Hunderte auf dem Bahnhofsvorplatz »Willy, Willy« skandiert hatten. Doch hätte die Bundesregierung nicht in vergleichbarer Situation die gleichen Sicherheitsvorkehrungen getroffen? Wurden wir nicht mit anderen Maßstäben gemessen? Wir mussten die androhten Gewaltakte gegen den Bundeskanzler ernst nehmen. Auch auf Bitten aus Bonn. Ein Jahr zuvor hatte es ein Sprengstoffattentat in München gegeben, bei dem zwölf Menschen getötet und über zweihundert verletzt worden waren. Ein solches Blutbad im Zusammenhang mit dem Besuch des Bundeskanzlers in der DDR wäre eine Katastrophe gewesen.

Wir haben die Sicherheitsmaßnahmen schlecht kommuniziert. Eine offizielle Mitteilung des Presseamtes beim DDR-Ministerrat an die Güstrower, dass die außergewöhnlichen Sicherheitsmaßnahmen auf Grund der aktuellen Bedrohung des Bundeskanzlers von Bonn gefordert worden sei, hätte den westlichen Medien den Wind aus den Segeln genommen und den einheimischen Ärger nicht erst entstehen lassen.

Kurz vor der Abfahrt des Sonderzuges aus Güstrow holte Honecker aus seiner Manteltasche ein Bonbon und reichte ihn durch das geöffnete Zug-

fenster dem Bundeskanzler. Die Medien rätselten, was das wohl bedeutet habe. Erich Honecker war mit dem Besuch einfach nur zufrieden, er war glücklich.

Schmidt hatte zu Honecker gesagt, »dass in Deutschland und in der Welt viele zwischen den Zeilen zu lesen versuchen: Können die beiden miteinander? Machen sie es anständig?« Er gab sich selbst die Antwort: »Ich denke, wir haben uns angestrengt«.

Menschlich hatten beide tatsächlich einen guten Draht zueinander gefunden. Schmidt hatte damals sogar vom »Talent Honeckers zu strategischem Denken« gesprochen, womit er im Bezug auf die Außenpolitik durchaus Recht hatte. Wenn es um konkrete Zahlen gegangen sei, habe Honecker sie im Kopf gehabt, er selbst habe sich dagegen oft bei seinen Mitarbeitern erkundigen müssen.

Aber selbst einen so starken Charakter wie Helmut Schmidt überfiel ein Jahrzehnt später die gleiche Krankheit wie einen großen Teil der altbundesdeutschen politischen Elite: Sie hatten plötzlich vergessen, was sie einst über die DDR und ihre Führung gesagt hatten. Wie ich 2002 aus einem Artikel der *Süddeutschen Zeitung* unter der Überschrift »Deutsches Mittelmaß« erfuhr, soll Schmidt nach 1990 über Honecker das Gegenteil gesagt haben: »Mir ist nie klar geworden, wie dieser mittelmäßige Mann sich an der Spitze des Politbüros so lange hat halten können.«

Das brachte Bölling in einer Rezension einer Honecker-Biografie eines ihm gleichgesinnten Journalisten unter: Norbert F. Pötzl. Ich nahm die Besprechung am 9. Oktober 2002 nur deshalb zur Kenntnis, weil eben jener Pötzl mich vor Jahren mehrere Stunden über Honecker befragt hatte. Ich staunte nicht schlecht, wie er, der Honecker nie getroffen hatte, besser über ihn Bescheid zu wissen meinte als ich, der über zwanzig Jahre eng mit ihm zusammengearbeitet hatte. Diese arrogante, anmaßende Besserwisserei gehört offensichtlich zur DNA einer großen Schar westdeutscher Eliten.

Bis zum Ende der DDR blieb das Thema gegenseitiger Besuche der Spitzen beider deutscher Republiken ein Streitobjekt zwischen Berlin und Moskau. Nachdem Honecker 1987 ohne Gorbatschows Zustimmung in die BRD gereist war, hat Moskau seine deutschlandpolitischen Ziele neu definiert.

Aber ich meine, das wäre auch ohne uns geschehen.